



20.08.2009

<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/5/0,3672,7617317,00.html>



ap

Wahllokal in Afghanistan

## 100 Stimmzettel für 200 Dollar

### Experten kritisieren Afghanistan-Wahl als undemokratisch

von Dominik Rzepka

Afghanistan wählt einen neuen Präsidenten - als Favorit gilt Hamid Karsai. Nach Schätzungen sind 15 Millionen Menschen stimmberechtigt. Aber so genau weiß das niemand. Nicht einmal die Wahlkommission. Nicht das einzige Indiz für Unregelmäßigkeiten.

Eigentlich ist die Wahl schon gelaufen. Und der Sieger steht fest: Hamid Karsai. Mit 40 Prozent der Stimmen kann der Amtsinhaber laut letzten Umfragen rechnen. Seine 26 Herausforderer gelten als chancenlos. Auch wenn der frühere Außenminister Abdullah Abdullah, Karsais einziger ernstzunehmender Konkurrent, in den letzten Tagen und Wochen aufgeholt hat und bei 25 Prozent liegt. Denn Karsai hat Vorkehrungen getroffen für seine Wiederwahl: "Er hat sich durch seine Klientelnetzwerke Stimmen gekauft", sagt Conrad Schetter, Afghanistan-Experte an der Universität Bonn. Dabei ist das Wort Klientelnetzwerke wohl nichts anderes als der freundliche Ausdruck für Korruption und Vetternwirtschaft. Für den eigenen Machterhalt schreckt Karsai davor nicht zurück, wie das Beispiel Rashid Dostum zeigt.

#### Stimmenkauf durch Netzwerkpolitik

Dostum ist der Schlüssel zur usbekischen Minderheit des Landes, die etwa neun Prozent der afghanischen Bevölkerung ausmacht. Dem mächtigen Stammesführer und Warlord im Norden des Landes, der lange Zeit im türkischen Exil war, hat Karsai ein Amt versprochen. "Außerdem drückt Karsai bei Schmuggel und Drogenhandel beide Augen zu", sagt Schetter.

#### ZITAT

„Mit einer lupenreinen Demokratie hat diese Wahl nichts zu tun.“

Conrad Schetter, Afghanistan-Experte

So hat Karsai Dostum auf Linie gebracht. Und sich eine wichtige Klientel gesichert. Denn Dostum weiß einflussreiche Kommandeure unter sich. "Diese geben den Druck bis an einzelne Dorffürsten weiter." Verbunden mit der unmissverständlichen Aufforderung, Karsai zu wählen. "Mit einer lupenreinen Demokratie hat diese Wahl nichts zu tun", sagt Schetter.

## 100 Stimmzettel für 200 Dollar

Eine Einschätzung, die auch Cornelius Friesendorf von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung teilt: "Die staatlichen Medien haben einseitig berichtet, und viele Menschen müssen sehr lange Wege zu einem Wahllokal auf sich nehmen." In einigen Distrikten könne aufgrund fehlender Wahllokale praktisch nicht gewählt werden. Außerdem sollen Staatsangestellte mit Stimmzetteln gehandelt haben.

Auf Basaren sollen 100 Stimmzettel für 200 Dollar verkauft worden sein. Auch Wahlurnen sollen zu haben gewesen sein. Unklar ist, ob Frauen ungehindert wählen können. Männliche Familienangehörige sollen Medienberichten zufolge Stimmzettel für ihre Frauen eingesammelt haben. "Die Wahl entspricht nicht den demokratischen Standards", sagt Friesendorf und fordert schärfere Kontrollen. Etwa, ob bei dem Transport von Wahlurnen alles mit rechten Dingen zugegangen ist.

## Wahlkampf ohne Inhalte

Vorausgegangen war ein Wahlkampf praktisch ohne Inhalte. "Hamid Karsai geht es nur um Machterhalt", sagt Conrad Schetter. Ein inhaltliches Konzept könne er nicht erkennen. Mal habe er im Umgang mit der Taliban Härte gezeigt. Dann habe er versucht, mit ihr zu kooperieren. "Man kann nicht erkennen, was er politisch eigentlich will." Sollte er die Wahl gewinnen, sagt Schetter eine zunehmende Frustration der internationalen Gemeinschaft voraus.

### ZITAT

„Karsai geht es um Machterhalt. Man kann nicht erkennen, was er politisch eigentlich will.“

Conrad Schetter

Als allgemeingültig bezeichnet auch Cornelius Friesendorf Karsais Programm, etwa sein wenig konkretes Versprechen, die Sicherheitssituation des Landes verbessern zu wollen. "Einige seiner Forderungen aber sind berechtigt, etwa wenn er von der internationalen Gemeinschaft mehr Druck auf Pakistan fordert." Das Land dürfe in Zukunft keine bewaffneten oppositionellen Gruppen in Afghanistan unterstützen.

## "Friedhofsstimmung" in Kandahar

Über allem steht die Angst vor Anschlägen. Die NATO rechnet damit, dass bis zu 65 Wahllokale bedroht sind. "Das wäre wenig", sagt Conrad Schetter vom Zentrum für Entwicklungsforschung der Uni Bonn. Ihm wurde berichtet, dass wegen der unübersichtlichen Sicherheitslage in einigen Teilen des Landes von 20 Wahllokalen nur eines öffnen werde. "Im Süden Afghanistans herrscht Friedhofsstimmung", sagt er.

Für den Schutz der Wahl sind 100.000 ausländische Soldaten und 180.000 afghanische Sicherheitskräfte im Einsatz. Mit ersten Ergebnissen wird am 3. September gerechnet. Sollte keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhalten, kommt es voraussichtlich am 1. Oktober zu einer Stichwahl.